

Statement

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!

Abschluss der bundesweiten Kampagne „Stell mich an, nicht ab!“ am 1. Oktober 2013

**Prof. Dr. Georg Cremer
Generalsekretär Deutscher Caritasverband e.V.**

Noch nie hatten so viele Menschen in Deutschland Arbeit wie heute. Die Zahl der Arbeitslosen ist vom Höchststand 2005 um ca. zwei Millionen gesunken. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht ist: Den Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind, gelingt es nur äußerst selten, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Es fehlen die Instrumente, sie wirksam und nachhaltig so zu unterstützen, damit ihnen Teilhabe am Arbeitsmarkt möglich ist. Auch sind die Mittel, die für eine aktive Arbeitsmarktförderung für langzeitarbeitslose Menschen zur Verfügung stehen, von der Bundesregierung innerhalb der letzten fünf Jahre um fast 40 Prozent gekürzt worden. Wir schließen Menschen dauerhaft von Arbeit aus – mehr noch: Wir schließen sie auch von gesellschaftlicher Teilhabe aus.

Dabei wissen wir aus unserer Arbeit mit Langzeitarbeitslosen: Jeder Mensch hat spezifische Fähigkeiten und kann etwas besonders gut. Jeder von ihnen, der heute hier vor dem Reichstag auf der Wiese steht und seit langem nach Arbeit sucht, muss die Möglichkeit haben, durch Arbeit am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.

Die Erfahrungen der Caritas zeigen auch: Es geht den Menschen besser, wenn sie im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung wieder am Arbeitsalltag teilnehmen können. Dabei kann es nicht darum gehen, Menschen in viele verschiedene kurzfristige Maßnahmen zu vermitteln oder gar zu pressen. Vielmehr müssen sie langfristige und praxisnahe Qualifikationen und Unterstützung erhalten, die speziell auf ihre jeweilige Situation zugeschnitten sind.

Die Menschen, die hier auf der Wiese stehen, stehen stellvertretend für fast eine halbe Millionen arbeitsloser Menschen, die seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende 2005 staatliche Leistungen beziehen. Viele von ihnen haben heute praktisch kaum eine Chance am ersten Arbeitsmarkt. Dies führt zu einem Leben dauerhaft auf Hartz IV-Niveau und oftmals zu sozialer Isolation – auch für die Kinder, die in dauerhaft prekären Verhältnissen aufwachsen.

Wer lange arbeitslos ist, hat häufig gesundheitliche oder psychische Probleme, weil die Situation so belastend ist. Wenn dann noch weitere Schwierigkeiten dazukommen, wie etwa Verschuldung oder Sucht, scheint die Situation ausweglos. Wir dürfen diese Menschen nicht hängen lassen. Damit Langzeitarbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen und sozialen

Problemen eine echte Chance bekommen, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben und langfristig auch wieder einen regulären Arbeitsplatz zu finden, muss die öffentlich geförderte Beschäftigung neu konzipiert werden. Der Deutsche Caritasverband hat gemeinsam mit seiner katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ Ideen entwickelt, wie die Politik die Situation von Langzeitarbeitslosen verbessern kann:

- Die Arbeitsvermittlung darf nicht ausschließlich die schnelle Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zum Ziel haben, so wichtig es natürlich ist, alle Vermittlungschancen zu nutzen. Sie muss den gesamten Menschen im Blick haben, gerade bei Menschen, die bereits lange arbeitslos sind. Notwendig ist eine Förderung, die Schritt für Schritt an die Erwerbsfähigkeit für den ersten Arbeitsmarkt heranzuführt. Unsere Erfahrung zeigt: Das Gefühl, wieder gebraucht zu werden und im Austausch mit Arbeitskollegen zu stehen, ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Öffentlich geförderte Beschäftigung macht diese soziale Teilhabe möglich. Schuldnerberatung, Suchtberatung oder einfach schlicht nur ein Betreuungsplatz für Kinder mit passenden Öffnungszeiten können die Grundlage dafür schaffen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Auf solche individuellen Hilfen brauchen wir einen Rechtsanspruch.
- Die Förderungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen müssen über einen längeren Zeitraum als bisher möglich sein.
- Langzeitarbeitslose und ihre Arbeitgeber müssen besonders begleitet werden. Arbeitgeber brauchen Unterstützung, um die Potentiale und Schwierigkeiten der Langzeitarbeitslosen zu erkennen. Die Betriebe dürfen nicht allein gelassen werden, wenn bisher langzeitarbeitslose Menschen anfangs mit den betrieblichen Herausforderungen überfordert sind.
- Menschen, die wegen starken gesundheitlichen oder psychischen Problemen, vorheriger Wohnungslosigkeit oder Straffälligkeit den Anforderungen eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses nicht gewachsen sind, brauchen besondere Unterstützung. Je nach Situation müssen sie beispielsweise von einer Sucht- oder Schuldnerberatung unterstützt werden.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung muss möglichst realitätsnah gestaltet werden, auch in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Derzeit sollen alle „Ein-Euro-Jobs“ „zusätzlich“ sein, das zwingt oft zur Beschäftigung in Parallelwelten, die auf das wirkliche Leben nicht vorbereiten können.
- Eine öffentlich geförderte Beschäftigung ist kein Allheilmittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Sie ist nur für Betroffene sinnvoll, die seit mindestens zwei bis drei Jahren arbeitslos sind und an zusätzlichen Problemen, wie beispielsweise einer Krankheit, leiden.

Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, sich verstärkt um die Förderung von Langzeitarbeitslosen zu kümmern. In den nächsten Tagen und Wochen wird das Regierungsprogramm für die kommenden vier Jahre ausgehandelt. Das ist der richtige Zeitpunkt, um die Situation von Langzeitarbeitslosen stärker in den Blick zu nehmen und ihre Chancen auf Teilhabe zu verbessern.

„Stell mich an, nicht ab!“ – so lautet unsere Forderung an Politik und Wirtschaft!